

# Wissenschaftsrat

---

## Pressemitteilung

11/96

Köln, 29. Januar 1996

### **Wissenschaftsrat empfiehlt die Gründung einer Fachhochschule in Ansbach**

Der Wissenschaftsrat hat die Aufnahme der Fachhochschule Ansbach in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz zum 1.1.1996 empfohlen. Dadurch können Bauinvestitionen für diese Hochschule künftig je zur Hälfte vom Bund und von Bayern finanziert werden. Der Wissenschaftsrat hat im Jahr 1994 die Gründung neuer Fachhochschuleinrichtungen in Amberg-Weiden, Ansbach, Aschaffenburg, Deggendorf, Hof, Ingolstadt und Neu-Ulm empfohlen. Er stimmt nunmehr den Landesplanungen zur Errichtung einer Fachhochschule mit 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen zu. Die neue Fachhochschule will die Studiengänge Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsingenieurwesen, Bauingenieurwesen, Energie- und Umweltsystemtechnik sowie die zunächst in Form von Ergänzungsstudiengängen vorgesehenen modularen Studiengänge "Fachkommunikation Technik" sowie "Information und Dokumentation" anbieten. Die Studiengangskonzeption erscheint geeignet, Studieninteressenten sowohl aus der Region als auch landesweit anzuziehen.

---

Bei Abdruck Belegexemplar erbeten an: Dr. Michael Maurer  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln  
Rückfragen bitte an: 0221/3776 - 229

Der Wissenschaftsrat empfiehlt darüber hinaus, die bisher in Triesdorf als Abteilung der Fachhochschule Weißenstephan angebotenen Studiengänge Landwirtschaft und Umweltsicherung (Boden und Wasser) sowie den internationalen Ergänzungsstudiengang Agrarmanagement in die Fachhochschule Ansbach zu integrieren. Aus dem durch die Integration erweiterten Studiengangsspektrum könnten sich interessante inhaltliche Aspekte in der Betriebswirtschaftslehre und im Umweltbereich ergeben.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Anstrengungen, die Bayern mit dem Aufbau von 7.500 flächenbezogenen Studienplätzen an insgesamt sieben Standorten unternimmt. Er gibt jedoch zu bedenken, daß Standorte mit jeweils 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen und drei Studiengängen eine Mindestgröße darstellen. Deshalb sollte angestrebt werden, bei der weiteren Planung des Fachhochschulsektors auf eine weitergehende Regionalisierung zu verzichten und statt dessen eine kapazitäre und fachliche Ergänzung der bestehenden Standorte vorzusehen. Auf diese Weise können sich die erhofften Synergieeffekte innerhalb der Hochschule und mit der regionalen Wirtschaft um so leichter ergeben.

Hinweis: Der vollständige Text der Stellungnahme (Drs. 2359/96, 23 Seiten) kann bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates schriftlich angefordert werden.